

EIN GRÜNER PLAN B FÜRS GERICHTS-GELÄNDE

Abschlusspapier der Projektgruppe

Von der Mitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wiesbaden beschlossen am 10.04.2013

Beteiligt an diesem Papier:

Daniel Herwig, Sprecher des Kreisvorstands; Philippe Jaeck, Ortsbeirat Mitte; Axel Hagenmüller, Planungspolitischer Sprecher der Rathausfraktion; Dorothee Andes-Müller, Schulpolitische Sprecherin der Rathausfraktion; Peter Taschowsky, Grünes Mitglied und Anwohner der Moritzstraße; Michael Lorenz, ehem. Sprecher des Grünen Arbeitskreises Stadtentwicklung und weitere Mitglieder der Projektgruppe



I ZUM AKTUELLEN STAND

Mehr als drei Jahre nach dem Wegzug des Landgerichts ist immer noch nicht absehbar, was aus den denkmalgeschützten Gebäuden und dem leerstehenden Parkplatz an der Moritzstraße werden soll. Deshalb haben wir einen GRÜNEN Plan B entwickelt. Ziel war nicht, einen möglichst langen Wunschzettel zusammenzustellen, sondern aus der Fülle der Möglichkeiten das Machbare und Sinnvolle herauszufiltern. Eingeflossen sind dabei Gespräche mit Geschäftsleuten der Moritzstraße, mit Eltern von lokalen KiTa-Initiativen und mit Wiesbadener Start-Up-Gründerinnen und -Gründern. Zudem haben wir eine Erkundung des Gerichtsgebäudes durchgeführt, um den aktuellen baulichen Zustand bewerten zu können und mögliche Nutzungen zu identifizieren.

Das Vorhaben der in finanzielle Schieflage geratenen EBS, auf dem Gelände einen Campus für seine Jura-Fakultät zu errichten, sehen wir als gescheitert an. Die Situation ist aktuell jedoch unübersichtlich, weil aus dem schwarz-roten Magistrat nur spärlich Informationen nach außen dringen. Denkbar sind derzeit drei Szenarien. Wir GRÜNE bevorzugen an der Moritzstraße einen Neuanfang (Szenario 1). Wenn Szenario 1 nicht realisierbar ist, passt sich der GRÜNE Plan B flexibel dem eintretenden Szenario an. Unsere drei Kernforderungen bleiben aber in allen Szenarien bestehen.

Vom Magistrat fordern wir eine zügige Offenlegung des aktuellen Sachstands. Die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener haben das Recht darauf, endlich reinen Wein eingeschenkt zu bekommen.

II 10 THESEN

Zur Situation an der Moritzstraße stellt die GRÜNE Projektgruppe „Plan B fürs Gerichts-Gelände“ 10 Thesen fest, die betriebswirtschaftliche, volkswirtschaftliche, gesellschaftliche und stadtplanerische Aspekte gleichermaßen berücksichtigen.

1. Das Gelände ist als Ganzes zu betrachten und zu entwickeln. Die Entwicklung des Geländes muss einen Nutzen für die Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels beinhalten.
2. Das Quartier Moritzstraße und seine Geschäftsleute brauchen Belebung. Ein weiterer Verlust von Fachhandelsgeschäften muss verhindert werden. Dies gelingt am besten durch die Ansiedlung eines Arbeitgebers mit festem Mitarbeiter-Stamm, z.B. einer Bildungs- oder Verwaltungseinrichtung.
3. Wir stehen hinter Beschluss des Stadtparlaments vom Dezember 2012, die umstrittenen 10 Millionen Euro städtischer Mittel nicht an die EBS auszuzahlen. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt darf es nur für Einrichtungen geben, die dem Gemeinwesen dienen und öffentlich zugänglich sind (z.B. Bürgersaal).
4. Die Substanz des alten Gerichtsgebäudes verschlechtert sich mit jedem Winter, den es leer steht; schon jetzt ist an mehreren Stellen Feuchtigkeit in die Decken eingedrungen. Das Gebäude ist denkmalgeschützt; wir sehen daher seine Eigentümerin – das Land Hessen – in der Pflicht, es schnellstmöglich zu sanieren. Das Land Hessen muss diese Sanierung bezahlen – unabhängig von der künftigen Nutzung.
5. Wir respektieren den Denkmalschutz und wollen deshalb das historische Beamtenwohnhaus und die ehemalige Gefängnismauer an der Oranienstraße erhalten und sanieren. Dies war ursprünglich von Denkmalschutzbehörde empfohlen, von der GRÜNEN Fraktion eingefordert und vom Stadtparlament beschlossen worden, bevor sich 2009 der hessische Finanzminister Weimar (CDU) darüber hinweg setzte.
6. Das Gelände ist in Blockrandbebauung zu entwickeln, weil diese Urbanität und eine gute Integration in die Umgebung verkörpert. Gemäß des GRÜNEN Kommunalwahlprogramms wollen wir den Flächenverbrauch „auf der grünen Wiese“ so weit es geht minimieren. Deshalb ist eine hohe Ausnutzung in Geschossbauweise auf dem Gelände anzustreben. Der entstehende Innenhof soll begrünt und öffentlich zugänglich gemacht werden.
7. Ein Bürgersaal fehlt im Umkreis weit und breit. Die ca. 100.000 Einwohner der fünf Innenstadt-Bezirke Mitte, Westend, Rheingauviertel-Hollerborn, Südost und Nordost haben derzeit nur drei Bürgersäle (Georg-Buch-Haus, Hilde-Müller-Haus, Tattersall) zur Verfügung. Die Errichtung eines Bürgersaals war 2009 Konsens zwischen GRÜNEN und SPD und wurde auch kürzlich vom neuen OB Sven Gerich bestätigt.
8. Im Stadtteil Mitte fehlen in hohem Maße Kinderbetreuungsplätze. Eltern-Initiativen, die in den angrenzenden Straßen KiTas unterhalten, suchen nach Platz, um sich zu vergrößern; insbesondere bei der Grundschulkinder-Betreuung gibt es lange Wartelisten. Was anderswo in der Innenstadt oft nicht realisierbar ist, wäre hier möglich: den Kindern ein umzäuntes, verkehrsgeschütztes Außengelände anzubieten.
9. Im ehemaligen Gerichtsgefängnis waren in der Nazi-Zeit zahlreiche Menschen aus rassistischen, politischen und religiösen Gründen inhaftiert und wurden teils von dort aus in Konzentrationslager deportiert. Diese Opfer sind mit einer Gedenkstätte vor Ort zu würdigen, die über die momentane Info-Stele hinausgeht.
10. Schon die Planung muss mit vernetztem Denken arbeiten, um Synergien zu schaffen und sparsam mit dem begrenzten Platz und Geld umzugehen. Beispiele: Der Bürgersaal könnte werktags tagsüber als Hörsaal genutzt werden, die KiTa könnte neben den Kindern der AnwohnerInnen auch Kinder von Studierenden und MitarbeiterInnen beherbergen, und sofern Stellplätze nachzuweisen sind, könnte eine Tiefgarage abends für AnwohnerInnen geöffnet werden.

III DER GRÜNE PLAN B

Im März 2013 gelangte die Überlegung an die Öffentlichkeit, nach denen die Hochschule Fresenius auf dem Gerichtsgelände baut und die European Business School (EBS) nur noch das bestehende Gerichtsgebäude nutzt. Ob diese Überlegung vollumfänglich umgesetzt werden kann, ist aber derzeit – auch angesichts der finanziellen Lage der EBS – völlig unklar. Unsere Forderungen sind daher abhängig vom eintretenden Szenario:

Szenario 1: Der in der Presse angekündigte gemeinsame Campus wird nicht realisiert. Das Gelände ist frei für ein komplett neues Nutzungskonzept.

Szenario 2: Die Hochschule Fresenius bezieht das Gelände, benötigt aber nicht die volle Fläche. Die EBS kann auch die „Kleine Variante“ nicht stemmen und steigt aus.

Szenario 3: Die Überlegungen von Fresenius und EBS werden zeitnah wie angekündigt umgesetzt

Bestandteile des GRÜNEN Plan B	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
Bürgersaal	✓	✓	✓
KiTa / Hort, mit Außengelände	✓	✓	✓
Begrüner, öffentlich zugänglicher Innenhof	✓	✓	✓
Stadtarchiv, evtl. inkl. Kunst-Arche	✓	✓	
Studierenden-Wohnen, Mehr-Generationen- und seniorengerechtes Wohnen, bezahlbarer Wohnraum allg.	✓		

Zu den Szenarien 2 und 3:

Das **Stadtarchiv** ist derzeit weit außerhalb untergebracht und gerade für ältere Menschen schwer zu erreichen. Dieser Schatz unserer Stadt muss besser zugänglich gemacht werden! Das alte Gerichtsgebäude ist nicht für alles geeignet; Archivräume bietet es aber in hoher Zahl. Das Gebäude wäre eines Stadtarchivs, evtl. inklusive der Kunst-Arche, würdig.

Studierenden-Wohnungen, seniorengerechte Wohnungen, grundsätzlich **bezahlbare Wohnungen** werden in Wiesbaden dringend gebraucht. Speziell für das Gerichts-Gelände sehen wir hier jedoch nicht die höchste Priorität. Die schwarz-rote Koalition schafft es selbst in großflächigen Neubaugebieten am Stadtrand (Bsp. Hainweg in Nordenstadt) nicht, einen Anteil von mehr als 20% sozialgebundener Wohnungen zu bauen. Wenn die SPD bezahlbaren Wohnraum nun ausgerechnet auf solch einem hochpreisigen Filetstück in der Innenstadt verspricht, halten wir das zwar für wünschenswert, aber wenig glaubwürdig. In Szenario 3 können wir uns Studierenden-Wohnungen am besten im zu sanierenden Beamtenwohnhaus vorstellen.